Anträge

Vorlagen Nr.
AN/016/2015

öffentlich

Antrag der Gruppe WB vom 21.01.2015 bzgl. Notfallplanung für Bevölkerung und Hilfskräfte

Beratungsfolge:

Nr.	Gremium	Datum	Zuständigkeit	Status	Beschluss
1.	Ausschuss für Wirtschaft, Fremdenverkehr, Planung und Bau	18.03.2015	Vorberatung	öffentlich	

Antragstext:

Mit Datum vom 03.03.2014 beantragte Herr Edgar Weiss die Erstellung eines spezifischen Notfallplanes für die Bevölkerung und die Hilfskräfte aufgrund des Leiterseilrisses der 110-kV-Hochspannungsleitung am 09.01.2014. Mit Datum vom 21.01.2015 stellt er einen gleichlautenden Antrag, mit der Bitte, diese Thematik nochmals im Fachausschuss zu beraten.

Der Ursprungsantrag wurde in der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Fremdenverkehr, Planung und Bau am 20.03.2014 behandelt. Die Verwaltung trug damals vor, dass Maßnahmen nach Stromunfällen als Teil der Gefahrenabwehr rechtlich in der Regel in die alleinige Zuständigkeit des Bürgermeisters fallen. Normalerweise sind hiermit auch keine Aufgaben des Katastrophenschutzes und damit des Landkreises als Katastrophenschutzbehörde verbunden.

Seinerzeit wurde erläutert, dass der Einsatz seitens der Rettungskräfte gut gelaufen ist. Es wurde deutlich gemacht, dass Stromunfälle sich für die Einsatzkräfte taktisch nicht von anderen Unglücksfällen wie Großbrände, Gefahrgutunfälle oder Gasunfälle unterscheiden. Derartige Schadenslagen sind Gegenstand der Grundausbildung und weiterführender Lehrgänge der Feuerwehr. Entsprechend der Vorschriften wurden seinerzeit Sicherheitsabsperungen veranlasst, betroffene Personen wurden von der Einsatzstelle verwiesen bzw. aufgefordert, ihre Häuser und Autos nicht zu verlassen. Parallel dazu wurde die Abschaltung des Netzes durch den Netzbetreiber und die Rettungsleitstelle veranlasst. Klargestellt wurde, dass bei sämtlichen Stromunfällen ein Einsatz im Gefahrenbereich erst nach Freischaltung und Bestätigung durch den Netzbetreiber erfolgen kann und darf. Über das Verfahren zur Abschaltung hat es in der Nachbetrachtung Gespräche mit dem Netzbetreiber gegeben.

Nach kontroverser Diskussion in der Ausschusssitzung und trotz der rechtlichen Hinweise seitens der Verwaltung ist seinerzeit dennoch durch den Ausschuss ein Empfehlungsbeschluss zur Erstellung eines Notfallplanes erfolgt. Bei Stellung des Folgeantrages durch Herrn Weiss hatte der VA den Empfehlungsbeschluss noch nicht zum Beschluss erhoben, mittlerweile hat er diesen aufgrund der Zuständigkeit des BGM abgelehnt.

In diesem Zusammenhang weist die Verwaltung jedoch darauf hin, dass derzeit an der Erarbeitung eines allgemeinen Gefahrenabwehrplanes für die Stadt Wiesmoor gearbeitet wird.

Die Notwendigkeit der kommunalen Gefahrenabwehr kann beispielsweise verursacht werden durch

- Groß- und Flächenbrände
- Verkehrsunfälle größeren Ausmaßes
- Industrieunfälle
- Flugzeugabstürze
- lokale Unwetterlagen einschließlich Überschwemmungen
- Bombenfunde
- Schadensereignisse im Bereich von Versorgungseinrichtungen.

In aller Regel bedient sich die Stadt hier der städtischen Feuerwehr, die diese Aufgaben entsprechend der persönlichen und technischen Möglichkeiten natürlich auch schon jetzt wahrnimmt. Mit der Erstellung eines Gefahrenabwehrplanes soll sichergestellt werden, diese Behördenmaßnahmen zu beschreiben, zu koordinieren und Entscheidungen für ein vorbereitetes Verwaltungs- und Feuerwehrhandeln herbeizuführen.

Große Teile eines Gefahrenabwehrplanes beschreiben interne Vorgänge, wie Organisation des Stabes, Alarmierungsplanung, Arbeitsweise, sowie Maßnahmen und Evakuierung an. Neben der selbstverständlichen Information der kommunalen Gremien nimmt darüber hinaus die Öffentlichkeitsarbeit einen besonderen Aspekt ein. Bereits jetzt werden auf der Internetseite der Feuerwehr Wiesmoor unter der Rubrik Ratgeber zahlreiche Hinweise für die Bevölkerung gegeben. In Kürze werden diese Hinweise um Publikationen des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe sowie nach und nach durch weitere eigene Hinweise, etwa zu Stromunfällen, ergänzt werden.

Die Erstellung eines Gefahrenabwehrplanes ist umfassend und zeitaufwändig. Dieses haben die in der zurückliegenden Zeit zahlreichen Abstimmungs- und Klärungsgespräche mit anderen Behörden, Institutionen und Kommunen ergeben. Grobe Zielrichtung der Verwaltung ist, den Gefahrenabwehrplan bis zum Ende dieses Jahres fertig zu stellen.

Seitens der Verwaltung wird daher aufgrund der fehlenden rechtlichen Zuständigkeit der kommunalen Gremien und der Ausführungen zur Erstellung eines allgemeinen Gefahrenabwehrplanes (siehe VA vom 09.03.2015) den beantragten Beschluss nicht zu fassen.

Anlagenverzeichnis:

Antrag WB